

Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im politischen Raum: am Beispiel des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

Dogan, Semra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dogan, S. (2008). *Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im politischen Raum: am Beispiel des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"*. (ExMA-Papers). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-193294>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



MASTERSTUDIENGANG
ÖKONOMISCHE UND
SOZIOLOGISCHE STUDIEN



Universität Hamburg

Semra Dogan

Die Bedingungen der
Möglichkeit von
Partizipation im
politischen Raum-

Am Beispiel des Leitbildes
„Metropole Hamburg-
Wachsende Stadt“

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers
Exemplarische MasterArbeiten
ISSN 1868-5005/18
Hamburg 2008

Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im politischen Raum

Semra Dogan

ExMA-Papers
Exemplarische MasterArbeiten
ISSN 1868-5005/18
[Dogan LG4-LW3]
Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
Oktober, 2008

Impressum:

Die ExMa-Papers (Exemplarische MasterArbeiten) sind eine Veröffentlichung des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Sie umfassen ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus dem Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, am Department Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Andreas.Merkens@wiso.uni-hamburg.de
Department Wirtschaft und Politik
Universität Hamburg – Fakultät WISO
Von-Melle-Park 9
D – 20146 Hamburg

Download der vollständigen ExMa-Papers: <http://wiso.uni-hamburg.de/zoess>

Abstract

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im politischen Raum, die exemplarisch am Leitbild des Hamburger Senats „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ untersucht werden.

Die politische Theorie Hannah Arendts wird als theoretischer Rahmen bemüht, um das vom Autor zugrunde gelegte Verständnis von politischem Raum und Partizipation im Sinne einer Orientierungslinie zu fundieren.

Die interpretativ-analytische Untersuchung des Leitbildes zeigte, dass Partizipation im Sinne von eingreifendem Handeln in der Leitbildprogrammatik nicht vorgesehen ist. Die sogenannte Kommunikations- und Beteiligungsstrategie ist einzig darauf ausgerichtet, die Planungs- und Steuerungsinteressen der Administration konsensual zu legitimieren.

Um ein *alternatives* Politikmodell zu institutionalisieren, das die Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines selbstbestimmten, freiheitlichen Handelns in der Perspektive einer bewussten Einflussnahme auf ihre sozialen Voraussetzungen einschließt, bedarf es - angelehnt an die Politische-Feld-Theorie Bourdieus- einer oppositionellen Bewegung, die sich in die Lage versetzt, eine „[...]neue Organisationsform der Protestarbeit und der Organisation des Protests, des politischen Engagements [...] (Bourdieu 1998: 66) zu erfinden.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	6
Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	7
Einführung in das Problemfeld.....	8
Verortung der Arbeit	10
Aufbau und Zielsetzung	11
1. Politischer Raum als das Verhältnis von Politik und Raum	13
1.2. Hannah Arendt- Der Sinn von Politik ist Freiheit.....	17
1.3. Zwischenresümé - Die Welt ein Globus?.....	19
2. Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im Leitbild: „Metropolregion Hamburg- wachsende Stadt“	21
2.1. Ziele und Schwerpunkte des Leitbildes	22
2.2. Träger und Adressaten des Programms.....	23
2.3. Einbeziehung der Öffentlichkeit im Rahmen der Kommunikations- und Beteiligungsstrategie	23
2.3.1. Beteiligungsstrategie FHH 2002	24
2.3.2. Beteiligungsstrategie FHH 2003	26
2.4. Analyse der Beteiligungsstrategie	29
3. Schlussbetrachtung	31
Literaturliste	35

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 <i>Raum der Möglichkeiten</i>	11
Abbildung 2 Handlungsebenen der Kommunikation.....	26

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Kommunikationsprozess	25
Tabelle 2 Vergleich FHH 2002 mit FHH 2003.....	29

Einführung in das Problemfeld

„*The city is dead.*“ So lautet die Todeserklärung des amerikanischen Stadtentwicklungstheoretikers John Friedman (2002) an das *Gesicht der Stadt*, das auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert gezeichnet ist von Globalisierung, Digitalisierung und Entgrenzung¹. Er findet Gleichgesinnte im gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs. So spricht beispielsweise Siegel (1996) vom „*Zerfall der Städte*“ oder Touraine (1996) vom „*Ende der Stadt*“. Durch die Globalisierung sei die Stadt, der *Raum der Orte*, gewissermaßen *ortlos* geworden, sie verliere sich im *Raum der Ströme*, der bedingt durch die enorme Digitalisierung das Idealbild der europäischen Stadt in eine *City of Bytes* transformiert.² Der Stadtsoziologe Walter Siebel (2000) wendet sich gegen derartige Untergangstheorien und warnt davor, das Idealbild der europäischen Stadt im Sinne einer Rückwärtsutopie zu aktivieren. Nur zu schnell könnte man so der Gefahr einer verengten - da normativen- Perspektive im Bezug auf gegenwärtige urbane Phänomene erliegen. Dieter Läßle (2003, 4f) folgt Siebels Standpunkt und schreibt in seinem Beitrag „*Thesen zu einer Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft*“ die Krise der Stadt einer „[...] *Krise des Denkens über die Stadt und damit auch eine [r] Krise gegenwärtiger Stadtplanung und Stadtpolitik [...]*“ zu. So sollten sich städtische Diskurse im besonderen Maße der Analyse stadtreionaler Verflechtungszusammenhänge zuwenden anstatt am Idealbild des europäischen Stadtmodells festzuhalten.

Mit diesem Verständnis bewegt sich Läßle innerhalb der Überlegungen Saskia Sassens, nach jener nun die transnationalen Unternehmen als die zentralen Akteure der Globalisierungsdynamik auszumachen sind. Die sogenannten *Global Players* lösen laut Sassen ihre Wertschöpfungsketten gezielt aus tradierten Standortbedingungen heraus und überführen sie in transnationale Gefüge. So gibt es eine Handvoll *Kommando- und Kontrollzentralen* im globalen *Raum der Ströme*, die von der amerikanischen Stadtsoziologin Sassen (1990; 1997) als „*Global Cities*“ bezeichnet werden. Als neue Metropolen übernehmen sie fortan die Funktion zentraler und strategischer Knotenpunkte innerhalb des transnationalen Gefüges. Damit ergibt sich eine „[...] *neue Logik der Agglomeration [...]*“ sowie „[...] *neue Formen städtischer Zentralität [...]*“ (Sassen 2000: 13; 2001: 85).

Glaubt man dem aktuellen Städtediskurs im Sinne von Läßle und Sassen, so hat mit der zunehmenden Dynamik und Intensität internationaler Wirtschaftszusammenhänge ein

¹ Mit den beiden Entwicklungstendenzen Globalisierung und Digitalisierung ist ein Wandel in der Arbeit- und Lebenswelt verbunden, der als „Entgrenzung“ bezeichnet wird (Läßle: 2003: 8)

² Die Vertreter dieser Auffassung von Deterritorialisierung bzw. der Auflösung des Raumes gehören den sogenannte *Globalisten*, *Technizisten* und *Cyberspace-Theoretikern* an. Dazu insbesondere: Läßle: 2001: 4ff sowie im Allgemeinen: Löw et al.: 2007: 71ff

Paradigmenwechsel in der Stadt- und Regionaldiskussion eingesetzt. In diesem Verständnis ist mit der Transformation des Städtischen ein Aufstieg der Regionen verknüpft d.h., dass das konventionelle Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie durch Mechanismen von Globalisierung und Digitalisierung aufgebrochen wird.³ Es ist nicht mehr, wie in der Schumpeterschen Theorie, der dynamische Einzelunternehmer der treibende Innovationsproduzent, sondern die sogenannten *Netzwerke*, Kooperationen und Interaktionen zwischen Unternehmen, die den globalen Fortschritt befördern. Somit transformiert auch der Begriff der Region sich, und zwar vom passiven Standort zum ökonomischen *Akteur* (Läpple: 2001: 5-8).

Im Hinblick auf diese Neuformierung von Stadt und Region ist der seit Beginn des 20. Jahrhunderts anhaltende Streit von Regionalökonomien, Stadtsoziologen, Verwaltungs- und Politikwissenschaftlern über die geeigneten Institutionen zur politischen Steuerung von städtischen Verdichtungsräumen neu entflammt (Kübler 2003: 535). Angesichts von wachsender Divergenz zwischen funktionalem Raum und institutionellen Grenzen ist die Suche nach den geeigneten Formen von *Metropolitan Governance*⁴ zum Dauerthema geworden und landet regelmäßig auf der politischen Agenda.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg reagiert 2002 mit dem politischen Strategiepapier namens „*Leitbild: Metropole Hamburg- wachsende Stadt*“ auf den globalen Standortwettbewerb und nimmt damit eine Strategiewerschiebung in der Stadt- und Regionalentwicklung vor. Formuliertes Ziel ist, sowohl eine neue als auch eine nachhaltige Vision für die veränderten Bedingungen der Stadt zu konstituieren: Hamburg soll mit einer „[...] auf *qualitatives Wachstum ausgerichteten Strategie zu einer wachsenden und pulsierenden Stadt mit internationaler Ausstrahlung* [...]“ entwickelt werden. Private Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft sollen im Sinne von „[...] *Koproduzenten der Region* [...]“ (Knieling: 2006: 104) in den Wachstumsprozess mitverantwortlich einbezogen werden. Das

³ In den Diskursen des *new regionalism* beispielsweise setzt ein erstaunlicher Bedeutungswandel des Begriffs der Region ein. Ganz im Sinne von *Silicon Valley* stehen Regionen hier nicht mehr für Rückständigkeit und Modernisierungsdefizite, sondern für technologischen und ökonomischen Fortschritt. In diesem Verständnis existieren keine modernen und unterentwickelten Regionen mehr; die Rede ist vielmehr von *begabten* und *unbegabten* Regionen, die entweder in der Lage sind, die jeweils neuen Basistechnologien aufzugreifen respektive die aktuellen ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen nicht zu kompensieren vermögen. Mehr dazu bei: Läpple 2001.

⁴ Der heutige urbane Raum als Ballungsgebiet, der sich über die Grenzen von lokalen, regionalen wie auch nationalen Gebietskörperschaften erstreckt, wird unter dem Begriff der „*metropolitan areas*“ (Kübler 2003: 535) gefasst. Damit verbunden ist zwangsläufig die Frage nach dem *regional-* respektive *metropolitan governance*; mit welchen Organisationsformen also die Entwicklungsprozesse auf den jeweiligen Ebenen verwirklicht werden können. Zum tieferen Einstieg in die theoretischen Grundlagen von Regional- und Metropolitan Governance im Allgemeinen: Benz et al. 2006; Benz 2004; Schuppert, Zürn 2008 sowie im Besonderen zur Metropolegion Hamburg bspw. : Knieling 2006.

Instrumentarium der Stadt- und Regionalentwicklung wird zu diesem Zweck als strategisches Mittel eingesetzt. Der Senat erwartet sich aus der Einbeziehung der Öffentlichkeit konkrete Vorschläge, die im Rahmen der Umsetzungsstrategie der „Wachsenden Stadt“ aufgegriffen werden können. So sollen sich die verschiedenen Akteure (öffentliche, private, wirtschaftliche oder staatliche) im Sinne eines kollektiven Lernens auf das Ziel der wachsenden Stadt ausrichten und sich untereinander abstimmen (FHH 2002: 70).

Der vorangegangene Beitrag (Dogan 2008) untersuchte am Beispiel der aktuellen Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg-Wilhelmsburg die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im *sozialen Raum* als die Frage nach den notwendigen sozialen Voraussetzungen für Partizipation im Sinne eingreifenden Handelns, die damit aber noch nicht den hinlänglichen Bedingungen eines selbstbestimmten, freiheitlichen Handelns in der Perspektive einer bewussten Einflussnahme auf die sozialen Voraussetzungen und der politischen Dimension von Partizipation entsprachen.

Hier konnte zudem in Anlehnung an das Sozialraummodell Bourdieus festgehalten werden, dass die unterdurchschnittliche Nutzung des von der IBA⁵- Gesellschaft zur Verfügung gestellten Beteiligungsangebotes auf die geringe Ressourcenausstattung der in Hamburg-Wilhelmsburg lebenden Bewohnerinnen und Bewohner zurückzuführen ist. Damit verbunden war zugleich eine Kritik an der top-down ausgerichteten Leitbildstrategie des Hamburger Senats sowie damit zusammenhängend an der Beteiligungsoffensive der IBA- Gesellschaft (Dogan: 2008).

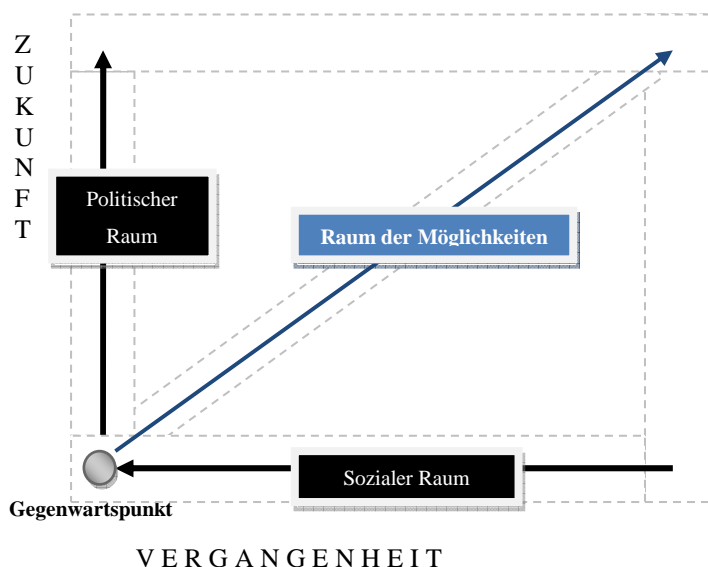
Verortung der Arbeit

In der Konsequenz dessen fragt nun der vorliegende Beitrag nach den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im *politischen Raum*. Hierzu wird das Leitbildpapier „Metropole Hamburg- wachsende Stadt“ (Freie und Hansestadt Hamburg: 2002; 2003) in seiner Funktion als politisches Programm untersucht.

Beide Arbeiten verstehen sich als Vorarbeiten zu der geplanten Master-Thesis, in der ein *Raum der Möglichkeiten für Partizipation* entwickelt werden soll, der

„die aktuellen Diskussionen um eine allgemeine Theorie und eine Soziologie des Raumes zur Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Öffentlichen als dem Raum des Politischen und dem sozialen Raum berücksichtigt“ (Dogan: 2008, 4).

⁵ IBA steht für *Internationale Bauausstellung* und soll 2013 in Hamburg eröffnet werden. Der entsprechende Stadtentwicklungsprozess begann 2007.

Abbildung 1 *Raum der Möglichkeiten*

Quelle: Dogan: 2008: 4

In Kombination mit dem Geschichtsbegriff Walter Benjamins (1991, 697-703) wird die Arendtsche Zeitfeillogik (Abb.:1)⁶ zur Veranschaulichung der geplanten theoretischen Anstrengung bemüht. Wie in der vorangegangenen Arbeit bereits skizziert, wird der Raum der Möglichkeiten als Gegenwartspunkt konstituiert, der im Sinne eines *Jetzt* in Anlehnung an Hannah Arendt emanzipatives Handeln in eine nicht vorab definierte Zukunft erst ermöglicht.⁷ Stets auf den Aspekt der Partizipation zugespißt, wird die zentrale Frage sein, wie sich der gesellschaftliche Akteur durch eigenes Handeln aus den Strukturen der Fremdbestimmung befreien kann.

Aufbau und Zielsetzung

Wie eingangs beschrieben, wird in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, die Teilnahme- und Teilhabe- Bedingungen im politischen Raum freizulegen, um daran anschließend nach den Möglichkeiten von Partizipation innerhalb der vorgefundenen Strukturen zu suchen. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den Beteiligungsmöglichkeiten der in Hamburg lebenden Bürgerinnen und Bürger am Gestaltungsprozess ihrer Stadt.⁸ Da aus historisch demokratietheoretischer Sicht Partizipation immer auch die Möglichkeit von

⁶ Arendt 1998: 204

⁷ Dazu: Dogan 2008: 4f sowie zur thematischen Vertiefung des Arendtschen Handlungsbegriffs insbesondere: Arendt 2006: 213-317

⁸ In der Leitbildstrategie des Hamburger Senats wird Stadtentwicklung im Wettbewerb mit anderen Regionen als strategisches Instrument herangezogen (FHH 2002: 71). Mit Bezug auf das Leitbild ist in diesem Beitrag entsprechend mit der Betonung auf die Gestaltung der Stadt die Einbeziehung in den politischen Prozess angesprochen.

Intervention mit einschließt, wird neben den Handlungsoptionen innerhalb der vorgefundenen Strukturen auch nach dem Potential des eingreifenden Handelns gefragt.

In welcher Form wird die Öffentlichkeit in den Leitbildprozess einbezogen? Wie viel Handlungsspielraum kommt den Menschen in dem hochaggregierten Politikangebot in Gestalt des Leitbildes „Metropole Hamburg- ‘Wachsende Stadt‘“ zu? Welches Verständnis von öffentlichem Raum ist in dem Papier vorherrschend? Schließt die breit angelegte Qualitätsoffensive des Leitbildes sowohl politikresignierte als auch politisch engagierte Akteure mit ein? Existiert also eine Art integrative Formel? Oder gibt es vielmehr fragmentierende Zugangsbedingungen und wenn ja, können Kriterien jener Zugangsbedingungen ausgemacht werden?

Diese Fragen bilden den erkenntnisleitenden *roten Faden* der vorliegenden Untersuchung, die sich auf das Maßnahmenbündel des Hamburger Leitbildes beschränkt.

Mit dem Leitbild liegt ein politisches Programm vor, anhand dessen die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im politischen Raum interpretativ analytisch exemplifiziert werden sollen. In Anbetracht der erkenntnisleitenden Fragen sollen Politikbegriff Hannah Arendts im Sinne einer Hintergrundfolie als Orientierungslinie zur Sichtbarmachung und Bewertung der *realiten*⁹ Bedingungen der Möglichkeit von partizipatorischem Handeln der in Hamburg lebenden Menschen im Hinblick auf ihren emanzipatorischen Gehalt (selbstbestimmtes freiheitlichen Handelns) modellhaft herangezogen werden.

Beginnend mit einer dialektischen Annäherung an den Begriff der Politik, wird die politische Theorie Hannah Arendts als *alternatives* Politikverständnis eingeführt. Dieses Politik-Modell als theoretischen Referenzpunkt zu bemühen ist bezugnehmend auf das Kernthema dieser Arbeit zum einen ihrem Grundvertrauen in die Möglichkeit des handelnden Menschen geschuldet, der aus ihrer Sicht die Fähigkeit besitzt, *neues* zu beginnen und die Dinge *anders* zu machen. Zum anderen stellt ihr politisches Modell verschiedene in ihrer Semantik klar abgegrenzte Strukturmerkmale des politischen Raumes zur Verfügung, die als explizit angelegter Standpunkt von diesem Maßstab abweichende empirische Verhältnisse sichtbar machen können. Ziel ist also nicht, ein normatives Modell als impliziten Maßstab zum Zwecke pauschaler Kritik an gegenwärtigen Verhältnissen zu verwenden. Vielmehr soll das Handlungsmodell Arendts als variables Element der Realität heutiger Gesellschaften

⁹ Da zur Analyse des politischen Programms zum einen das interpretativ hermeneutische Verfahren gewählt wird, erhebt diese Studie freilich nicht den Anspruch, Wirklichkeit repräsentativ abzubilden, zum anderen werden die Daten im zur Verfügung stehenden Material in Anbetracht des Erkenntnisinteresses eine gewisse Selektivität aufweisen, so dass Realität lediglich unter einem ganz bestimmten Aspekt wieder gegeben wird.

betrachtet werden, das gleichsam erlaubt, Deutungen, Handlungsorientierungen, Praktiken und institutionelle Strukturen zu identifizieren.

Im 3. Kapitel wird die Wachstumsstrategie des Hamburger Senats in Form des Leitbildes „*Metropole Hamburg - `Wachsende Stadt`*“ (FHH 2002; FHH 2003) im Hinblick auf die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im *politischen Raum*¹⁰ untersucht, wobei mit dem Anspruch der Kontextualisierung des Programms zuerst die Ziele und Schwerpunkte sowie die einzelnen Beteiligungsstrategien desselben skizziert werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Programmpunkt „*Einbeziehung der Öffentlichkeit*“. (FHH 2002: 69-71; FHH 2003: 21-26)

In der Schlussbetrachtung werden die erarbeiteten Erkenntnisse zusammengefügt und im Hinblick auf die Frage nach den verbleibenden Handlungsoptionen bzw. nach dem Potential des eingreifenden Handelns in die *herrschende* Politik kritisch reflektiert.

1. Politischer Raum als das Verhältnis von Politik und Raum

Sucht man im Brockhaus (2003: 696) nach einer Definition von Politik, wird man mit einem zwei-Zeiler konfrontiert:

„[...] auf die öffentliche Belange bezogenes Planen und Handeln staatlicher oder anderer Akteure.“

Die semantische Vielfalt des Begriffs wird hier sicher nicht erfasst. Andererseits hinterlässt sie uns immensen interpretatorischen Spielraum, sind doch zwei bezeichnende Tätigkeiten der beiden entscheidenden Dimensionen von Politik angesprochen: *Planen*¹¹ und *Handeln*.

Das aus der griechischen Antike stammende Wort Politik ist die grundlegende Bezeichnung für alles, was sich auf die Polis bezog, also Handeln, Institutionen und Prozesse. Im Sprachgebrauch der Gegenwart wird Politik in Anlehnung an Max Weber vor allem mit den Kategorien *Macht* und *Herrschaft* sowie den Strategien ihres Erwerbs oder ihrer Einhaltung gebraucht und reicht weit über den wissenschaftlichen Prozess hinaus bis in die praktische Politik hinein (Goldschmidt 1999). Webers Verständnis von Politik hat einen repressiven

¹⁰ Der *politische Raum* meint im Zusammenhang mit dem Leitbild als politisches Programm den Interaktionsraum der gegenwärtig herrschenden Politik. In Kapitel 2 wird die Kategorie des politischen Raumes differenziert in den Blick genommen: Zum einen aus Sicht der *herrschenden* Politik und zum anderen aus *alternativer* Perspektive.

¹¹ Wobei von *Planen* tatsächlich erst im *Neoliberalismus* gesprochen wird. Zuvor war Government (Regieren) das entscheidende Kriterium der herrschenden Politik. Einen guten Überblick in den Neoliberalismus bietet: Butterwegge/Lösch/Ptak 2008.

Machtbegriff immanent, der eine klare Trennung zwischen Herrschern (Staat) und Beherrschten (Volk) vornimmt. Das ist die eine Seite der Politik, die bis heute in der politischen Wissenschaft wie auch in der praktischen Politik anzutreffen ist.

Die andere Seite, der alternative Politikbegriff also ermächtigt das Volk per se zu emanzipativem Handeln als Tätigkeit gemeinsamer Selbstregulierung, wozu auch die Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen zählt (Arendt 2005). Diesem Verständnis von Politik liegt die Grundidee der griechischen Polis zugrunde, nach der Politik als besondere Praxis von der Bürgerschaft ausgeübt wird (Goldschmidt 1999).

Fragt man nun im aktuellen Wissenschaftsdiskurs nach dem Verhältnis von Politik und Raum, wird man schnell mit geopolitischen¹² Überlegungen konfrontiert; spätestens jedenfalls bei der Frage, wer zu Europa gehört und wer nicht. Geopolitik postuliert von je her einen unmittelbaren Zusammenhang von Politik und Raum, wobei sie stets den physischen Raum als Eroberungsraum im Blick hat (Schroer 2006: 185f). Eine repressive Politikausrichtung im Sinne Max Webers verkoppelt ihre politische Macht untrennbar mit dem Ort¹³, an dem sie ausgeübt wird. Hier liegt das Augenmerk auf den Regierungsgebäuden, innerhalb derer die „*Berufspolitiker*“, wie Weber (...) sie nennt bzw. die „*Professionellen*“, die Bourdieu (2001) den machtlosen „*Laien*“ im politischen Feld gegenüberstellt, Politik ausüben.

Über den traditionellen räumlichen Bezug, den Politik im Hinblick auf die Herbeiführung kollektiv bindender Entscheidungen für die Bewohner einer Stadt, einer Region, eines Landes oder eines Staates herstellt, herrscht derzeit große Verunsicherung. Die traditionelle Raumordnung, nach der eine Stadt in einer Region und eine Region in einem Land *enthalten* waren, löst sich im Zuge von Globalisierung und der damit einhergehenden Entgrenzung zusehends auf. Städte und Regionen sind gezwungen, ihre ökonomische und soziale Entwicklung in das ökonomische und politische System der global-vernetzten *Welt* einzubetten.¹⁴

¹² Der Ausdruck *Geopolitik* stammt von dem schwedischen Geographen Rudolf Kjellén und wurde zum ersten Mal 1900 verwendet. Seine Zuspitzung erfährt er nach dem ersten Weltkrieg durch den deutschen Gründer der Zeitschrift für Geopolitik Karl Haushofer, der unter Geopolitik eine Wissenschaft verstand, die sich ganz im Dienste der Politik verstehen sollte. In der Zeit von 1915 bis 1944 profiliert sich ein umfassender geopolitischer Diskurs (Dünne/Günzel 2006: 373).

¹³ Der geopolitische Ort bei Weber ist freilich noch der Nationalstaat.

¹⁴ Weiter oben in diesem Beitrag wurde die Neuformierung von Stadt und Region bereits eingehender skizziert (Kapitel 1).

Schließlich scheint sich die einstige Territorialisierung¹⁵ des Politischen durch das Ende des autonomen Nationalstaats in eine Deterritorialisierung des Politischen zu verkehren. Der Staat ist nicht mehr länger „[...] *gatekeeper, sondern Einfallstor für globale Entwicklungen jedweder Art.* (Schroer 2006: 195)¹⁶

Die zunehmende Entkopplung von Wirtschaft und Politik wird in der Diskussion immer wieder problematisiert (ebd.: 196). Im Gegensatz zur Wirtschaft verharrt die Politik weiterhin auf territorialer Grundlage, wodurch sie auf das entfesselte Treiben des Marktes nicht mehr einwirken kann. So besteht die wirtschaftliche Rolle der meisten Regierungen im Großen und Ganzen noch allein darin, günstige lokale Bedingungen für Unternehmen her- bzw. sicher zustellen. Baumann (1995: 208) spricht in diesem Zusammenhang vom „[...] *Staat als Raumausstatter.*“

Wie wir aber bereits in der Einführung der vorliegenden Arbeit in der Auseinandersetzung mit der Transformation des Städtischen gesehen haben, bilden sich neue transnationale Gefüge aus der Globalisierungsdynamik heraus (Sassen 2000: 13). Und auch nach Schroer (2006: 207) folgt auf die Deterritorialisierung des Politischen eine Reterritorialisierung des Politischen, „[...] *auf die Enträumlichung eine Verräumlichung.*“ So stehen auf der einen Seite die Räume, die nach dem traditionellen Container-Modell gebaut sind, worunter Schroer (ebd.: 208) die „*Festung Europa*“ fasst sowie den „*agressiven Lokalismus*“ und „*private Sicherheitsräume*“. Auf der anderen Seite entstehen netzwerkartige Raumstrukturen, die „*neuen Agglomerationsräume*“ (Sassen), die unter den bereits erwähnten Begriff der „*Global Cities*“ fallen. Trotz der postulierten Reterritorialisierung des Politischen, verliert der Nationalstaat seinen exklusiven Status als alleinige Instanz der politischen Angelegenheiten. Es zeichnet sich eine Art Auflösung des Alleinvertretungsanspruchs des Staates ab. Nun betreten auch andere einflussreiche Akteure und Instanzen die politische Bühne, insbesondere Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Der Nationalstaat

„[...] *gleicht damit immer mehr der Situation, in der er sich in seinen Anfängen befand, als er sich ebenfalls einer Reihe von Konkurrenten ausgesetzt sah: den Stadtstaaten, Handelsbünden und Reichen.*“ (Schroer 2006: 220)

Freilich kann Schroer, Läßle und Sassen, um nur einige zu nennen, zugestimmt werden in ihrem Plädoyer, nicht stoisch an dem Obsoletwerden des Raumes festzuhalten, sondern den Mehrebenencharakter, die Diversifizierung räumlicher Bezüge, die *neuen*

¹⁵ Wenn wir von der Territorialisierung sprechen, wird damit raumsoziologisch das Container-Modell angesprochen. Dazu einführend: Löw 2007.

¹⁶ Schroer (2006: 195-206) hebt in diesem Zusammenhang drei Entwicklungsstränge hervor: die ökonomische Globalisierung, die globale Migration und die neuen Medien bzw. Transporttechnologien.

Agglomerationsformen in den Blick zu nehmen, um die Transformation des Raumes nicht als „[...] Ende, sondern [als, e.A.]eine permanente Erfindung und Neuerfindung des Raumes“ (Schroer 2006: 225) zu verstehen.

Dennoch ist hierbei ein entscheidender Punkt völlig außen vor gelassen, nämlich, dass die daraus folgenden Prozesse der Privatisierung und Informalisierung demokratische Verfahren zunehmend unterminieren. Neoliberale *think tanks* und renommierte Unternehmensberatungen und PR-Agenturen arbeiten stetig daran, die öffentliche Meinung einseitig zu prägen, womit sie grundlegende demokratische Voraussetzungen wie Freiheit, Gleichheit und Pluralität untergraben. Das, was bleibt in der herrschenden Politik sind scheindemokratische Strukturen bei „[...] substantieller Aushöhlung demokratischer Praktiken und Prinzipien.“ (Lösch 2008: 222)

Die Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme und zur selbstregulierten Gestaltung der Lebensbedingungen sind insofern für viele Akteure der Zivilgesellschaft eingeschränkt, als die politische Entscheidungshoheit über wichtige gesellschaftliche Fragen den staatlichen Instanzen sowie einflussreichen Wirtschaftakteuren vorbehalten bleibt. Die Möglichkeit von politischer Partizipation konzentriert sich in der neoliberalen Demokratie im Zeitalter der „*Global Cities*“ (Sassen) vorwiegend auf das formale Prozedere, auf die periodische Wahl politischer Eliten, dessen Entscheidungen unter globalen Bedingungen zu Stande kommen; Demokratisches Handlungspotential bleibt hinter der Neuerfindung des Raumes zurück.

Das Verhältnis von Raum und Politik wird in der aktuellen Stadt- und Raumsoziologie auf die Auseinandersetzung mit dem Raum reduziert. Politik wird in der gegenwärtigen raumtheoretischen Auseinandersetzung in erster Linie an geographische Räume gekoppelt, wobei das Politische in seinem genuin semantischen Sinne unbeachtet bleibt. Vielmehr scheint es darum zu gehen, die territorial verwurzelte Politik (verstanden im Sinne Max Webers als rationale Form der Herrschaftsausübung) aus ihren angestaubten traditionellen Strukturen herauszuführen, um sie wieder in Gleichschritt zu bringen mit der deterritorialiserten Ökonomie, die wiederum zu einer Reterritorialisierung, also zu einer Wiederverankerung der Politik in sich neu herausbildenden Räumen führen soll. Die Frage, die hierbei völlig unberücksichtigt bleibt und in diesem Beitrag lediglich ausschnitthaft behandelt werden kann ist: Welche Auswirkungen hat die systematische *Neuausrichtung* von Raum- und Zeitstrukturen¹⁷ auf die Zivilgesellschaft oder genauer: auf ihre politischen

¹⁷ Die Zeitdimension wird in der vorliegenden Auseinandersetzung mit dem politischen Raum vernachlässigt, um den Rahmen nicht zu sprengen. Sehr zu empfehlen ist zum tieferen Einstieg insbesondere: Rosa 2005: 391-427

Handlungsmöglichkeiten, auf ihre Selbstbestimmung, auf ihr Vermögen des eingreifenden Handelns in demokratische Prozesse?

Massimo Cacciari (1999), Preisträger des Hannah Arendt-Preises für politisches Denken beurteilt die Folgen der Globalisierung auf die politische Handlungsfähigkeit des Menschen folgendermaßen:

„Die heutige ‘Globalisierung’ setzt die systematische Beschränkung der Person auf ein ‘natürlich’ unpolitisches Einzelwesen voraus. Aber diese Beschränkung ist eng mit dem Zug verbunden, der dem Entwurf der modernen Staatsformen eigentümlich ist. Das heißt: Mit der völligen Preisgabe der Auffassung vom Menschen als einem zoon politikon, [...] das in sich selbst politische Beziehung ist und eine Polis erbauen kann, weil es ein politisches Wesen ist. Dabei führt die ‘Globalisierung’ die Beschränkung der Politik weiter, hin zu einem reinen Artefakt, wobei die Folgen an die Wurzeln unseres Verständnisses von Politik gehen.“¹⁸

In Anbetracht der zentralen Fragestellung des vorliegenden Beitrages, die sich auf die politischen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure richtet, reicht das konventionelle Verständnis von Politik und Raum nicht aus. Um einen reflexiven Zugang zu der Thematik herzustellen, bedarf es zusätzlich eines historisch demokratiethoretischen Zuganges.

Mit den Worten Cacciaris bereits eingeleitet, soll dazu mit dem Ziel, einem differenzierten Verständnis von politischem Raum und Partizipation Vorschub zu leisten, nachfolgend die *alternative* politische Theorie Hannah Arendts ins Feld geführt werden. *Alternativ* ist ihre Definition von Politik und Raum jedoch nur insofern, als sie von der *herrschenden* Politik abweicht; im eigentlichen Sinne ist sie genuin politisch.

1.2. Hannah Arendt- Der Sinn von Politik ist Freiheit

Angetrieben von ihrem intrinsischen Desiderat des *Verstehen-Wollens*, des „*Denken [s] ohne Geländer*“ (Arendt 2007) – gibt Arendt den verschiedenen politiktheoretisch aufgeladenen und von der Politikwissenschaft (in Anlehnung an Max Weber) synonym verwendeten Begriffen wie Politik, Macht, Autorität, Herrschaft und Gewalt zuerst einmal dessen etymologischen Gehalt zurück, um quasi transzendente Bedingungen zu markieren, unter denen politisches Handeln möglich ist. Vor diesem Hintergrund erinnert sie fortwährend an die erstmals in der griechischen Polis zutage getretene Idee des Politischen, die mit Freiheit identisch ist (Sontheimer 2005: 2). Wie im Folgenden gezeigt werden soll, versteht sich Arendts Begriff von Politik in radikaler Unterscheidung zu dem landläufigen, eher

¹⁸ Hierbei ist darauf zu verweisen, dass Hannah Arendt sich streng gegen die Aristotelische Auffassung vom Menschen als eines *zoon politicon*s ausspricht. In ihrem Verständnis gibt es kein naturales Politisches *im* Menschen, das zu seiner Existenz gehört. Im Gegenteil: Das kategoriale Zentrum ihres Begriffs ist die *res publica*. Politik entsteht demnach *zwischen den Menschen* und somit außerhalb *des Menschen* (Arendt 2005).

bürokratischen Verständnis des Politischen wie wir es bei Max Weber finden, das allein auf die Organisation und die Sicherung des Lebens der Menschen abhebt.

Die Theoretikerin verknüpft die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Gesellschaft untrennbar mit politischer Emanzipation aus historisch demokratietheoretischer Sicht und erklärt diese Verbindung zum Kernpunkt ihrer politischen Reflexion. Ihr Interesse gilt der herrschaftsfreien Bestimmung des politischen Raumes. Hier sollen die Subjekte unabhängig von ihrer Stellung im sozialen Raum¹⁹ ihre Fähigkeit zur Freiheit im stetigen Austausch mit Ihresgleichen aktualisieren.

Die Idee der Fähigkeit zur Freiheit nimmt seinen Ausgang in der Maxime des *Neu-beginnens*. Aus dieser Maxime spricht Arendts ganze Radikalität. Im Bereich der Geschichte und des Politischen wird die Revolution²⁰ schließlich zum paradigmatischen Namen für den freien Neubeginn.

Das genuin Politische ist in diesem Verständnis definiert durch emanzipatives Handeln als Tätigkeit gemeinsamer Selbstregulierung, wozu auch die Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen zählt (Arendt 2005). Damit kommt dem Politischen in der Arendtschen Terminologie eine entscheidende epistemische Dimension zu: Der gemeinsame Raum ermöglicht einen Common sense (Gemeinsinn). So wird der politische Raum mit dem Postulat der Pluralität als multiperspektivisch konstituiert, der sich *zwischen* den verschiedenen Menschen aufspannt. Insofern ist er ein öffentlicher Raum, in dem sich etwas als Gegenstand gemeinsamen Sprechens und Handelns artikulieren kann und schließlich von den Menschen selbst verhandelbar wird. Dieses Verständnis verdankt sich der demokratietheoretischen Prämisse, nach der alle Beteiligten sich bei all` ihrer tatsächlichen Verschiedenheit wechselseitig als Gleiche anerkennen (Arendt 2000; 2005).

Nach Arendt bedarf es unbedingt einer öffentlichen Sphäre, damit die Menschen ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen können, anstatt von komplexen unsichtbar wirkenden Mechanismen determiniert zu werden. Die Errichtung eines öffentlichen Raumes bedeutet zudem immer auch einen Anspruch auf Verallgemeinerung von Forderungen, Bedürfnissen und Interessen, weshalb sie die Freiheit zu politischer Emanzipation außerhalb

¹⁹ Hannah Arendts Raumverständnis ist nicht substantieller Natur, also kein Container_Raum wie im geopolitischen Diskurs, sondern versteht sich intersubjektiv als performativer Raum, der erst durch das Handeln der Menschen konstituiert wird. Dazu: Forst 2007: 235.

²⁰ Unter Revolution versteht Arendt keinen blutigen Umsturz, sondern eine auf die Gründung von Freiheit gerichtete Form politischen Handelns, die von der Pluralität von Handelnden getragen wird (Marchart 2005: 19).

von individuellen Interessen, die in die Sphäre von ökonomischen und sozialen Prozessen fallen, ansiedelt (Jaeggi 2007: 247).²¹

„Freiheit kann der Sinn von Politik nur sein, wenn wir unter dem Politischen einen öffentlichen Raum verstehen, der sich nicht nur von der Sphäre des Privatlebens abgrenzt, sondern sogar immer in einem gewissen Gegensatz zu ihr steht.“ (Arendt 2000: 209)

Nach Arendt bedeutet Freiheit die Freiheit der Entscheidung zum politischen Handeln und zur Herstellung eines politischen Raumes. Insofern ist Freiheit ein politisches Phänomen, das weder im Denken noch im Wollen, sondern einzig im Handeln erfahrbar und auf einen für das Handeln konstituierten Raum angewiesen ist.

„Ursprünglich erfahre ich Freiheit und Unfreiheit im Verkehr mit anderen und nicht im Verkehr mit mir selbst. Frei sein können Menschen nur im Bezug aufeinander, also nur im Bereich des Politischen und des Handelns; nur dort erfahren sie, was Freiheit positiv ist und dass sie mehr ist als ein Nicht-gezwungen-Werden.“ (Arendt 2000: 201) „Freiheit ohne Politik gibt es eigentlich nicht, weil sie gar keinen Bestand hätte.“ (ebd.: 208)

Politik heißt somit zunächst und grundlegend: Stiftung und Sicherung von Freiheit. Damit wird die Kategorie der Freiheit bei Arendt zum obersten Prinzip des Politischen.

Um am politischen Raum partizipieren zu können, bedarf es einer weiteren Prämisse - der Gleichheit. Im Arendtschen Modell sind zwei Arten der politischen Gleichheit zu finden: Eines verweist auf die Performanz des Handelns selbst, das andere auf die institutionelle Einrichtung eines Gemeinwesens. Gemeinsam ist beiden, dass sie sich auf den durch das Handeln konstituierten politischen (Erscheinungs-) Raum beziehen. Kurz gesagt: Die gemeinsame Anstrengung zur Durchführung des Handelns schafft Gleichheit zwischen den Beteiligten (Saavedra 2002: 43).

1.3. Zwischenresümé - Die Welt ein Globus?

Um die eindeutige Demarkationslinie zwischen dem empirischen Zugang zu Politik und Politischem Raum, wie er sich im geopolitischen sowie stadt- und raumsoziologischen

²¹ Die von Arendt vorgenommene Entgegensetzung von Freiheit und Notwendigkeit wird von Gegenstimmen oft als Elitentheorie interpretiert, was dann passiert, wenn das Soziale pauschal mit dem Reich der Notwendigkeit identifiziert wird, dessen Überwindung wiederum als die *Vorbedingung* für die Freiheit zur Politik rezipiert wird (Jaeggi 2007: 245). Arendt nimmt diese Dichotomisierung jedoch vor dem Hintergrund vor, dass die individuellen Lebensnotwendigkeiten das allgemeine Interesse der Öffentlichkeit, das Politische also durch ihre Zweck-Mittel-Rationalität bedrohen. Einem naturalistischem Verständnis von politischen Fragen und einer technischen Vorstellung von dessen Lösung soll somit entgegen gewirkt werden. Arendt geht davon aus, dass soziale Fragen top-down und politische Angelegenheiten hingegen bottom-up gelöst werden. Das bedeutet allerdings nicht, dass das Soziale gänzlich aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen wird. Um als Gegenstand innerhalb des politischen Gemeinwesens artikuliert zu werden, müssen aber die individual persönlichen Probleme als politische Belange dechiffriert (im Sinne einer Verallgemeinerung) werden. Dazu Arendt: 1998; 2000; 2007 Jaeggi. 2007).

Diskurs darlegt, und dem radikal politischen Modell Hannah Arendts exemplarisch an einem grundlegenden Punkt herauszustellen, wird im Folgenden das unterschiedliche Verständnis von *Welt* und *Globus* herausgestellt.

Im gegenwärtigen Globalisierungsdiskurs wird sich sowohl von Verfechtern als auch von Kritikern der ökonomischen Globalisierung allzu oft dem Begriff *Welt* (als *Globus*) bedient.

„Dieses ‘Was’ von Welt, dieses sachlich-gegenständliche und dingliche Verstehen von Welt determiniert in eminenter Weise das ‘Wie’ jeglichen Weltverstehens, das wir hier [...] exemplarisch für verschiedene Etappen weltgeschichtlicher Entwicklungen dokumentieren: ‘Mensch auf der Erde’ (wananchi) für die Phase der Wildheit, ‘Welt des Dorfes’ für die Phase der Barbarei und ‘Globalisierung’ für die Phase der modernen Zivilisation.“ (Hesselbein/Lambrecht 2000: 8)

Die Welt wird in diesen Fällen als *globus* vorgestellt und nicht als *mundus*. So wird gerade im geopolitischen wie auch im raumsoziologischen Diskurs *Welt* als uns umschließender Raum bestimmt und nicht als das, was *zwischen* uns liegt und somit unterschiedlichste alternative Standpunkte erst ermöglicht.

Marchart (2005: 166f) weist in Anlehnung an Giorgio Agamben darauf hin, dass der derzeit hegemoniale Raumbegriff eines restlos einschließenden *Globus* ohne ausschließende Räume nicht auskommt. Im Gegenteil produziert ein Raum ohne Alternative seine ausschließenden Räume quasi in sich selbst.

„Eine gänzlich ‘globale Welt’, die in sich weltlose Räume des Ausschlusses und Terrors produziert, würde Öffentlichkeit nur noch in ihrer Negativform, d.h. in Form der Nicht- oder gar Anti-Öffentlichkeit der Lager kennen.“ (ebd.: 167)

Das gegenwärtige Verständnis von *globalisierter Welt* steht zweifellos unter dem Zeichen des Verschwindens der Öffentlichkeit. Der *doxa* von der *Welt als Globus* ist daher in der Konsequenz die *Welt als Öffentlichkeit*²² entgegenzusetzen, damit *Welt* nicht länger als um- und einschließend gefasst wird, sondern als *zwischen* den Menschen entstehend und als Ort, an dem wir handelnd neu beginnen können (Arendt 2005).

Sollten wir angesichts des zunehmend unter Legitimationsdruck stehenden neoliberalen Denkens und Handelns auf grundlegend demokratische Voraussetzungen wie Freiheit, Gleichheit und Pluralität im genuin politischen Sinne praktisch handelnd rekurrieren wollen, wäre zuerst einmal ein Wechsel des Referenzobjektes vom *globus* zum *mundus* vorzunehmen.

²² Im Unterschied zu dem Habermasschen Öffentlichkeitsbegriff (Habermas 1989; 1990), der auf rationalen Konsens ausgerichtet ist, ist Arendt um den Austausch noch so kontraversieller Meinungen bemüht.

„[...] und somit ein Wechsel des gesamten Terrains, auf dem die Frage überhaupt gestellt wird. Es geht nicht um eine andere Globalisierung, es geht um einen anderen Begriff von Welt. Gefragt ist ein anderer politischer Standpunkt, der [...] immer Partei ergreift im Sinne der Welt.“ (Marchart 2005: 167)

2. Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im Leitbild: „Metropolregion Hamburg- wachsende Stadt“

Das Konzept „Metropole Hamburg – ‘Wachsende Stadt‘“ (FHH 2002) setzt auf Wirtschaftswachstum, das angesichts der problematisierten demographischen Entwicklung zu einem Bevölkerungswachstum führen soll. Argumentiert wird die Strategie insgesamt mit der Annahme, eine florierende Wirtschaft biete neue Arbeitsplätze und damit neue Chancen für Unternehmer (FHH 2002: 8). In der Fortschreibung des Leitbildes (FHH 2003) betont der Senat eine *„[...] qualitative Wachstumsstrategie sowie die Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Stadt.“ (FHH 2003: 1)*

Die Inhalte des Leitbildes tragen ihre Wurzeln noch aus dem SPD-geführten Senat der rot-grünen Koalition. Dort wurden bereits in sozialdemokratischer Tradition die Weichen für ein wirtschaftsfreundliches Konzept gestellt. Mit der Bürgerschaftswahl am 31. Oktober 2001 wird Ole von Beust (CDU) zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Damit ist er der erste Christdemokratische Bürgermeister seit Kurt Sieveking, der von 1953 bis 1957 regierte.

Von Beust greift das wirtschaftsfreundliche Konzept der Vorgängerregierung auf und bettet es in eine wachstumsorientierte Gesamtstrategie ein (Altrock/Schubert 2004: 13). Die zentrale Botschaft Hamburgs lautet nun: *„[...] Die Wirtschaft ist Willkommen in Hamburg. Hamburg muss und wird wirtschaftsfreundlicher werden. Denn auf Wirtschaft gründet sich unsere Existenz und unser Erfolg.“ (von Beust 2004: 27)* Die Verabschiedung des Leitbildes erfolgte am 11. Juli 2002 (FHH 2002). Im Rahmen der Analyse wird sowohl das Ursprungspapier (FHH 2002) als auch die Fortschreibung des Leitbildes (FHH 2003) herangezogen.

Ehe wir im folgenden Kapitel nach den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im politischen Raum am Beispiel des Strategiepapiers des Hamburger Senats (FHH 2002; 2003) fragen, sollen zuvor die Ziele und Handlungsfelder herausgestellt sowie die Träger und Adressaten des Programms benannt werden, um eine Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes zu gewährleisten. Hauptaugenmerk wird angesichts des

Themenschwerpunktes der vorliegenden Arbeit schließlich auf den Gliederungspunkt „Einbeziehung der Öffentlichkeit“ (FHH 2002: 69-71; FHH 2003: 21-26) in den Leitbildpapieren gelegt.

2.1. Ziele und Schwerpunkte des Leitbildes

„Hamburg hat den Anschluss an die europäischen Metropolen verloren.“

Zu diesem Fazit gelangt Ende 2001 ein vom „Hamburger Forum Zukunft“ in privater Initiative beauftragtes McKinsey-Gutachten (FHH 2002: 69). Die Unternehmensberater stellen fest, dass sich die Hansestadt in den vergangenen Jahren zwar besser entwickelt hat als der westdeutsche Durchschnitt, aber deutlich schlechter als vergleichbare Metropolen wie Kopenhagen oder Rotterdam. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) vergleichbarer europäischer Metropolen wie Barcelona, Lissabon, Rotterdam und Kopenhagen zwischen 1991 und 1998 einen Anstieg um 35 bis 54 Prozent aufweist, konnte Hamburg das BIP lediglich um 26 Prozent erhöhen. Durch Wirtschaftswachstum, Gewinnung von Spitzenkräften und mehr Internationalität soll Hamburg *„mindestens europäisches Anspruchsniveau“* erreichen. Dieses Gutachten wird als Ausgangspunkt des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ betrachtet. In dem als Senatsdrucksache 2002 verabschiedeten Leitbild werden 83 Arbeitsaufträge an die Behörden formuliert. Ziel ist es, einen umfangreichen Sondierungsprozess hinsichtlich gesamtstädtischen Wachstums zu initiieren. Dabei werden alle Maßnahmen und Strategien unter dem handlungsleitenden Slogan *„Wachsende Stadt“* subsumiert.

Nach eigener Aussage verfolgt der Senat mit seinem Leitbild *„[...] eine qualitative und quantitative Wachstumsstrategie [...], die eine Bündelung verschiedener Maßnahmen umfasst“*. (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Drucksache 17/3456)

Die folgenden vier **Ziele** stehen hierbei im Vordergrund (FHH 2003: 20):

1. *Hamburgs Funktion als Metropole weiter ausbauen und seine internationale Attraktivität stärken.*
2. *Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum fördern.*
3. *Die Einwohnerzahl Hamburgs erhöhen durch Reduzierung der Umlandabwanderung, Förderung von Familien und Zuwanderung qualifizierter, kreativer Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland.*
4. *Die Lebensqualität und die Zukunft der Stadt sichern.*

Die Schwerpunkte der Leitbildstrategie umfassen folgende **Handlungsfelder** (ebd.):

1. *Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen, Verbesserung des Flächenmanagements und Förderung des Wohnangebots*
2. *Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums: Kompetenz-Cluster mit internationaler Ausstrahlung; Potenziale der Ostseeregion, Mittelstandsförderung und Arbeitsmarktpolitik*
3. *Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes und des Know-how-Transfers*
4. *Steigerung der internationalen Attraktivität*
5. *Stärkung der Metropolregion Hamburg*
6. *Familienförderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien*
7. *Zukunftsfähigkeit und Wachsende Stadt*
8. *Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsmanagements.*

2.2. Träger und Adressaten des Programms

Träger dieses politischen Programms ist die Freie und Hansestadt Hamburg.

Die Umsetzung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ wird als das zentrale politische Vorhaben des Senats gesehen, das kontinuierlich verfolgt werden soll (FHH 2002: 71). Die Zuständigkeiten für die operative Umsetzung des Programms liegen bei der Senatskanzlei. Der dort angesiedelte Planungsstab arbeitet federführend an der Umsetzung und Fortschreibung des Leitbildes.

Als primäre **Programmadressaten** sind damit zunächst die Behörden und ihre Mitarbeiter zu sehen. Gleichzeitig richtet es sich aber auch an die Bevölkerung und will diese, wie bereits in der Einleitung angesprochen, zur Unterstützung der Wachstumsforderung motivieren (ebd.).

2.3. Einbeziehung der Öffentlichkeit im Rahmen der Kommunikations- und Beteiligungsstrategie²³

Obwohl das Konzept der „Wachsenden Stadt“ aus der Feder von Unternehmensberatern stammt (Kap. 4.1.), scheint es in seiner Durchsetzung nicht ohne die Einbeziehung der Öffentlichkeit auszukommen. Denn sowohl in dem ersten Strategiepapier (FHH 2002: 69-71) als auch in der Fortschreibung des Leitbildes (FHH 2003: 21-26) gibt es den Punkt

²³ FHH 2002: 79-81; 2003: 21-26

„Einbeziehung der Öffentlichkeit“. Welche Funktion dabei den zivilgesellschaftlichen Akteuren zugestanden wird, soll im Folgenden untersucht werden.

Sofort fällt auf, dass die Beteiligungsstrategie im ersten Papier lediglich zwei Seiten umfasst und in der Fortschreibung bereits sechs Seiten. Ob es sich dabei ausschließlich um eine quantitative oder aber auch um eine qualitative Weiterentwicklung handelt, wird sich in der folgenden Analyse herausstellen. Dazu werden die einzelnen Maßnahmen zunächst kurz dargestellt. Anschließend werden die Beteiligungsinstrumente und die Adressaten anhand der eingangs ins Feld geführten erkenntnisleitenden Fragen analysiert.

2.3.1. Beteiligungsstrategie FHH 2002

In der Senatsdrucksache vom 11.07.2002 (FHH 2002: 69-71) wird unter dem Hauptgliederungspunkt III: „Strategie zur Umsetzung des Leitbildes der wachsenden Stadt“ das Handlungsfeld „Einbeziehung der Öffentlichkeit“ formuliert. Unter der Überschrift „Städtevergleich Toronto und Barcelona“ (ebd.: 69) wird ausgeführt:

„Die Strategien von Barcelona und Toronto zeigen, dass eine breite Beteiligung der Bevölkerung erforderlich ist, um den Wachstumsprozess einer Stadt voranzutreiben. Insbesondere Torontos Stadtverwaltung hat von Anfang an auf einen vielfältigen Austausch gesetzt.“

Der Vergleich mit den *Global Cities* (Sassen) macht deutlich, wo die selbsternannte Metropole Hamburg sich international positioniert. Außerdem gewährt es einen zusätzlichen Einblick in die Intention des Handlungsfeldes „*Internationalisierungsstrategie*“ (FHH 2002: 65f).

Besonders hervorgehoben wird das Steuerungskomitee, das sich in Toronto aus Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Privatwirtschaft und der Arbeitnehmerseite gegründet hatte und in der Lage war, mit einem breiten gesellschaftlichen Interessenspektrum einen ökonomischen Wachstumsplan zu entwerfen. Gleichzeitig beauftragte die Stadtregierung eine internationale Unternehmensberatung um die Wirtschaftskraft Torontos mit anderen erfolgreichen *Global Cities* zu vergleichen.

Der im Zuge der Olympischen Spiele von Barcelona im Jahre 1988 erarbeitete Entwicklungsplan wird im Bezug auf die Herausforderung, den ständigen Wandel und neuen Anforderungen der Wettbewerbssituation gerecht zu werden ebenfalls hervorgehoben.

Anhand dieser Beispiele wird schließlich resümiert:

„Die Beispiele Toronto und Barcelona machen deutlich, dass die Öffentlichkeit in diesen Städten nicht nur aus Gründen der gesellschaftlichen Akzeptanz beteiligt wird. Es ist auch

beabsichtigt, kontinuierlich einen umfassenden Pool an Ideen und Vorschlägen zu erschließen.[...]In Hamburg liegt als erster Schritt in Richtung einer aktiven Mitwirkung der Bevölkerung die Studie von McKinsey & Company vor, die in privater Initiative erstellt und diskutiert wurde.“ (FHH 2002: 70)

Ziel sei eine Aktivierung möglichst vieler gesellschaftlicher Bereiche, um die staatliche Initiative durch private Initiativen zu ergänzen.

„Idealerweise soll dieser breite Austauschprozess auch dazu führen, dass Teile der Gesellschaft unabhängig vom staatlichen Handeln Projekte initiieren, die zu einer wachsenden Stadt beitragen. Durch eine breite und selbstaktivierende Einbindung der Öffentlichkeit wird auch der Zusammenhalt der Stadt als ganzes gestärkt.“ (FHH 2002: 70)

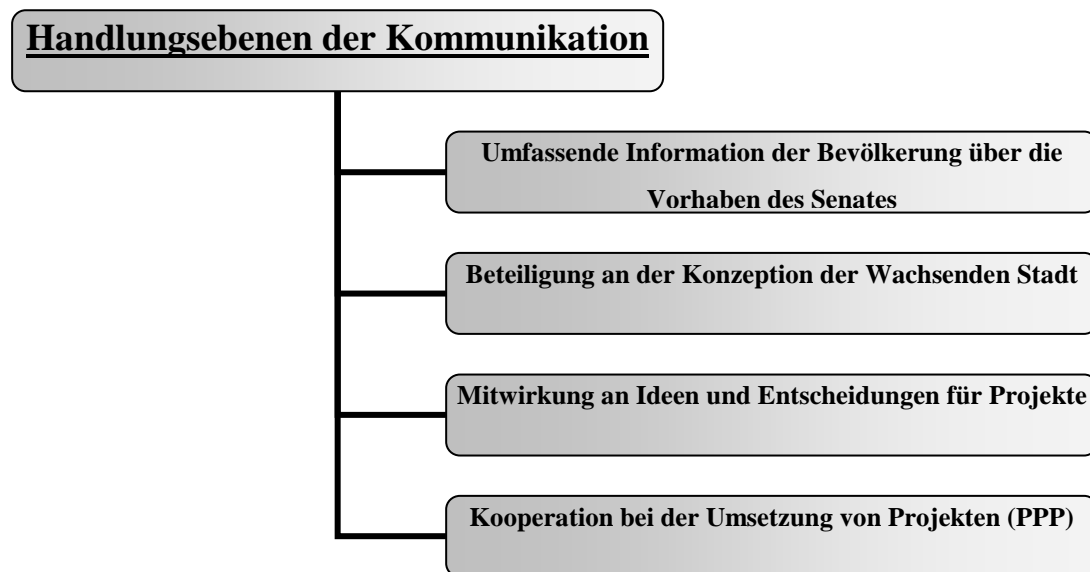
Zusammenfassend kann der angestrebte Kommunikationsprozess in der folgenden Tabelle und Abbildung dargestellt werden (FHH 2002: 70). Diese sollen an späterer Stelle des vorliegenden Beitrages (Kapitel 4.4.) mit den in der Fortschreibung des Leitbildes (FHH 2003) formulierten Ergebnissen verglichen werden.

Tabelle 1 Kommunikationsprozess

Instrumente	Beteiligungsmöglichkeit
Bürgerdialog	Internetgestützte Diskussion (E- Governnet), Informationsbroschüren
Stadtregionale Fachdialoge	Arbeitsgemeinschaften zu unterschiedlichen Bereichen, z.B. Wissensstandort und Stadtentwicklung
Expertendialog	Heranziehung externer Wissenschaftler, z.B. Zukunftskommission

(Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von FHH 2002: 70)

Abbildung 2 Handlungsebenen der Kommunikation



(Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von FHH 2002: 70)

2.3.2. Beteiligungsstrategie FHH 2003

In der Fortschreibung des Leitbildes stellt der Hamburger Senat die ersten Ergebnisse seines angestrebten Kommunikationsprozesses vor.

Wurden in der Senatsdrucksache von 2002 im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Bevölkerung noch ausschließlich Inspirationen in vergleichbaren Städten gesucht, so scheint sich daraus nun ein Konzept entwickelt zu haben; Jetzt gibt es einen expliziten Unterpunkt: „*Kommunikations- und Beteiligungskonzept*“ (FHH 2003: 21).

Wie gleich in den ersten Zeilen zu lesen ist, wurde die *Prognos AG*²⁴ und die PR Agentur *Shandwick Worldwide*²⁵ mit der Erstellung einer Gesamtstrategie für ein Kommunikations- und Beteiligungskonzept von der Senatskanzlei beauftragt (ebd.).

Die **Ziele** des von der *Prognos AG* und der PR Agentur *Weber Shandwick Worldwide* erarbeiteten Konzeptentwurfs sind (ebd.):

- *das Leitbild in Hamburg und der Metropolregion bekannt zu machen;*
- *das Leitbild mit seinen Intentionen und Inhalten sowie den Leitbildprozess nachvollziehbar und transparent darzustellen;*
- *den Nutzen des Leitbildes für die Stadt und ihre Akteure herauszuarbeiten;*

²⁴ Nähere Informationen zu dem Unternehmen unter www.prognos.com

²⁵ www.webershandwick.com

- *die Hamburger Akteure vom Leitbild zu überzeugen und sie zur aktiven Mitwirkung zu motivieren;*
- *mögliche Skepsis und daraus resultierendes Konfliktpotential aktiv aufzunehmen und zu lösen;*
- *das Leitbild im Bewusstsein und Handeln der Akteure zu verankern;*
- *die Ergebnisse des Leitbildes kontinuierlich der Öffentlichkeit zu präsentieren und*
- *Aufbruchsstimmung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Metropole Hamburg zu unterstützen und zu erzeugen.*

„Das modular aufgebaute Kommunikations- und Beteiligungskonzept soll die Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen Kommunikationsebenen (Information, Dialog, Promotion und Beteiligung) erreichen. Das Konzept schlägt eine Vielzahl von Modulen vor, von denen schon einige umgesetzt wurden.“ (ebd.).

Die in dem Papier nun vorgestellten bereits verwirklichten Module werden im Folgenden kurz skizziert, um anschließend (Kapitel 3.4.) direkt in die Analyse überzugehen.

Unter der Überschrift **„Einbindung von Multiplikatoren“** (FHH 2003: 22) wird ein am 15. Januar 2003 stattgefundenes Gästehausgespräch als erstes Modul des Beteiligungskonzeptes herausgestellt:

„Wichtigste Themen des Gästehausgesprächs waren Fragen, wie die Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Medien, Architektur und Tourismus das Leitbild aktiv unterstützen können.“

Kommunikations- und Beteiligungskonzept „**Vision Tour**“ (ebd.)

- *Initialzündung für das Leitbild*
- *Leicht erschließbare Leitprojekte entwickeln*
- *500 hochkarätige Gäste aus Wirtschaft, Kammern, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Medien, Städtebau und Architektur*
- *In vier Dialogtouren Erörterung von Ideen für eine erfolgreiche Gestaltung Hamburgs*
- *Toronto als Wirtschafts- und Finanzzentrum Kanadas → „smart Growth“*
- *Barcelona als Kulturstandort*
- *Förderung von Kompetenzcluster*
- *Zuzug hochqualifizierter Menschen aus dem In- und Ausland → Einrichtung eines „Welcome Centers“ in Hamburg*
- *Stärkere Unterstützung von PPP- Projekten*

Kommunikations- und Beteiligungskonzept „Forum Wachsende Stadt“ (ebd.: 23)

- Anregungen aus der „Vision Tour“ dienen als Grundlage für die PPP- Leitprojekte. „Forum Wachsende Stadt“ versteht sich als Fortführung
- Eingeladen waren Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbänden und Medien
- Beratung über drei Leitprojekte:
 1. Sprung über die Elbe: IBA/IGS
 2. Sportstadt Hamburg
 3. Welcome to Hamburg
- Starker Fokus auf Hamburg als Kulturmetropole
- Internetauftritt des Leitbildes: www.wachsende-stadt.hamburg.de. → Zielgruppenorientierte Information für die breite Öffentlichkeit

Kommunikations- und Beteiligungskonzept **Info Flyer:**

- Info-Flyer für breite Öffentlichkeit
- Soll Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten „[...] Informationen über den Leitbidprozess an die Hand zu bekommen“ (FHH 2003: 24)

Kommunikations- und Beteiligungskonzept **Corporate Design:**

- Wortmarke „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“
- Entwicklung eines Corporate Design-Leitfadens

Kommunikations- und Beteiligungskonzept **Themenbezogene Workshops und Dialoge:**

- Veranstaltungen zum Dialog mit Hamburger Unternehmen zu einer familienbewussten Personalpolitik (26.11.2002, 29.01.2003, 27.02.2003, 01.04.2003, 26.06.2003, 30.06.2003);
- Workshop "Qualifizierte Fachkräfte für die Luftfahrtindustrie der Metropolregion Hamburg" der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit der Hamburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft am 27.03.2003;
- Expertenworkshop "Strategische Neuorientierung der Wohnraumförderung" der

Behörde für Bau und Verkehr am 15./16.04.2003;

- *Fachforum "Ressourcensparendes Bauen" der Behörde für Umwelt und Gesundheit am 17. Juni 2003.*
- *Entwurfswerkstatt für das Stromspaltungsgebiet*

2.4. Analyse der Beteiligungsstrategie

Vergleicht man den Kommunikations- und Beteiligungsprozess der beiden Papiere (FHH 2002 und FHH 2003) fällt auf, dass der Hamburger Senat die 2002 formulierten Ziele (Tabelle 1) eingelöst hat, wie Tabelle 2 zeigt:

Tabelle 2 Vergleich FHH 2002 mit FHH 2003

Instrumente	Beteiligungsmöglichkeit FHH 2002	Kommunikations- und Beteiligungskonzepte FHH 2003
Bürgerdialog	Internetgestützte Diskussion (E- Governnet), Informationsbroschüren	„Info-Flyer“ „Forum `Wachsende Stadt`“
Stadtregionale Fachdialoge	Arbeitsgemeinschaften zu unterschiedlichen Bereichen, z.B. Wissensstandort und Stadtentwicklung	„Gästehausgespräch“ „Vision Tour“ „Forum `Wachsende Stadt`“ „Themenbezogene Workshops und Dialoge“
Expertendialog	Heranziehung externer Wissenschaftler, z.B. Zukunftskommission	„Gästehausgespräch“ „Vision Tour“ „Forum `Wachsende Stadt`“ „Themenbezogene Workshops und Dialoge“

(Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von FHH 2002: 70; FHH 2003 21-26)

Außerdem offenbart sich sogleich, wer die relevanten Zielgruppen im Kommunikations- und Beteiligungsprozess des Leitbildes sind. Es sind die *Experten*, Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Medien, Architektur und Tourismus. Jene also, die das Projekt „*Wachsende Stadt*“ mit seinen Zielen und Schwerpunkten maßgeblich zu unterstützen in der Lage sind (FHH 2003: 22). Der Begriff der Partizipation ist in den beiden Papieren nicht zu finden. Lediglich von Kommunikations- und Beteiligungskonzepten ist die Rede. Die Einbeziehung der Bevölkerung soll in Form eines Bürgerdialogs, worunter Informationsbroschüren und internetgestützte Diskussionen gefasst werden, stattfinden. (Tabelle 1; Tabelle 2) Ist überhaupt von Dialog zu sprechen, wenn der Hamburger Senat angesichts seiner strategischen Leitbildformulierung die Dialogform gar nicht zur Disposition stellt? Von einem Dialog im Sinne einer Auseinandersetzung auf Augenhöhe kann hier sicher nicht ausgegangen werden. Vielmehr ist es eine Plattform, dessen diskursive Ausgestaltung bereits von der Seite der Initiatoren vorstrukturiert wurde, wie am Beispiel der Internetplattform www.wachsende-stadt.de deutlich wird. Denn obwohl mit dem partizipatorisch orientierten Ideensammlungsprozess eine breite Diskussion der Strategie des Hamburger Leitbildes ermöglicht werden könnte, ist dieses Beteiligungskonzept doch von Partizipation im Sinne eingreifenden Handelns weit entfernt: klickt man sich auf die Webseite, bekommt man neben den Informationen zum Leitbild und den Leitprojekten unter dem Reiter „*Wo Hamburg wächst: Pläne und Projekte*“ die Möglichkeit unter „*Bürgerideen*“ Kontakt mit den Initiatoren aufzunehmen, um seine Ideen für die „*Wachsende Stadt*“ in den Prozess einzubringen:

„Dialog: Wie erfolgreich das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" sein wird, hängt von Ihrer Unterstützung ab. Lassen auch Sie sich von der Idee des Leitbildes begeistern und nehmen Sie Kontakt mit uns auf.“ (www.wachsende-stadt.de)

Dass sich in der Regel ausschließlich die engagierten und kreativen Bürger aus der Bevölkerung an dieser Möglichkeit beteiligen, ist selbstredend. Eine integrative Formel, welche imstande wäre, die Bevölkerung zu großen Teilen anzusprechen, existiert in der Senatsdrucksache nicht.

Der partizipatorische Handlungsspielraum der Bevölkerung ist ebenfalls durch die Zielsetzung der „*Wachsenden Stadt*“ vorbestimmt, wie das folgende Zitat deutlich macht:

„Der Vorteil einer solchen Vorgehensweise [ist, e.A.], dass die Aufmerksamkeit aller Beteiligten innerhalb und außerhalb der Verwaltung auf die generelle Zielsetzung einer wachsenden Stadt gelenkt werden kann [...] Privatwirtschaft, die Arbeitnehmer, Nichtregierungsorganisationen, die Verwaltung, Universitäten usw. [müssten sich, e.A.] als ökonomische Einheit verstehen.“ (FHH 2002: 69)

Außerdem sollen „[...] die Prioritäten gemeinsam gesucht und anerkannt werden und die konkreten Handlungsansätze zusammen implementiert werden.“ (ebd.) Hier wird transparent, dass die im Leitbild formulierten Kommunikationsformen (Tabelle 1; Tabelle 2) starke Konsenserwartungen implizit haben. Ein Raum für Dissens, wie er von Hannah Arendt gefordert wird, ist in der Leitbildstrategie nicht vorgesehen.

3. Schlussbetrachtung

Wie schon in der vorangegangenen Arbeit (Dogan 2008: 42ff) festgehalten werden konnte, verfolgt der Hamburger Senat mit seinem politischen Strategiepapier „*Leitbild Metropole Hamburg- 'Wachsende Stadt'*“ eine *Top-down*-Strategie, dessen Kommunikations- und Beteiligungskonzept auf eine Legitimationsfunktion reduziert bleibt.

Fragen wir nun rekurrierend auf das eingangs formulierte Erkenntnisinteresse und ergänzend zu dem vorangegangenen Beitrag (ebd.) nach den Bedingungen eines selbstbestimmten, freiheitlichen Handelns in der Perspektive einer bewussten Einflussnahme auf die sozialen Voraussetzungen und der politischen Dimension von Partizipation, zeigt die Analyse, dass zivilgesellschaftliche Partizipation in dem wirtschaftsorientierten Projekt nicht vorgesehen ist. Partizipation ist hier allenfalls als Beteiligung anzutreffen, die darauf ausgerichtet ist, die Planungs- und Steuerungsinteressen der Administration konsensual (aktiv im Rahmen der zur Verfügung gestellten Instrumente oder passiv durch *nicht-eingreifen*) zu legitimieren.

Die negativen Begleiterscheinungen von wachstumsorientierter Stadtpolitik wie „[...] *Mangel an Integrationsfähigkeit* [...]“ (Altrock 2004: 86) sozial benachteiligter Menschen werden vom Hamburger Senat ausgeblendet. Einer Legitimation sozialer Polarisierung wird Vorschub geleistet durch die Argumentationsfigur von vermeintlichen ökonomischen wie wohnungsmarktbezogenen Sickereffekten, die den sozial Benachteiligten zugute kommen sollen, wenn die Stadt insgesamt wirtschaftlich aufblüht (ebd. 87).

Der angestrebte Konsens – insofern er formal hergestellt ist – wird sich mit dem Konzept des Hamburger Senats nicht unter der Beteiligung breiter gesellschaftlicher Kreise herausbilden können. Vielmehr wird die Durchsetzung des Programms das legitimierte Ergebnis einer Auseinandersetzung von Fachleuten und Politikern, der sogenannten *In-Groups* der Stadtentwicklungspolitik sein. Die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Bevölkerung wird hier zu Gunsten zügiger Verfahren zurückgestellt.

Das Leitbild kann schließlich als ein neoliberale Projekt verstanden werden, das autoritäre Herrschaftsstrukturen befördert, soweit sie „[...] der Verteidigung und Aufrechterhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien dienen.“ (Lösch 2008: 221)

Seit Margaret Thatchers Ausruf „*There is no alternative*“ zum internationalen Slogan der Neoliberalisierung wurde, scheint eine Ideologie politischer Alternativlosigkeit zu herrschen. Und Alternativlosigkeit bedeutet das Ende einer Grundbestimmung des Politischen: der Pluralität. Und damit bedeutet Alternativlosigkeit zugleich das Ende der Politik; die Schließung der *Zwischen*-Räume.

Die analysierten realen Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation lassen Demokratie im genuinen Sinne als Abweichung erscheinen.

Freilich ist der Anspruch nicht, die verdinglichten Versionen von *demos* und *kratos* in ihrer terminologischen Reinheit zu reanimieren und als Maßgabe der gegenwärtigen Demokratie zu konstituieren. Dennoch muss es möglich sein, Grundlegungen dieses Ursprungsverständnisses in der politischen Wirklichkeit wiederzufinden, zu erhalten oder ggf. zurückzufordern.

Daraus ergibt sich die kategoriale Frage, wie sich aus den repressiven Machtstrukturen der herrschenden Politik eine Politik der Alternativen zurückgewinnen lässt. Wie können im Sinne Michel Agliettas (1998: 70ff)²⁶ die Wurzeln der Demokratie zurückerobert werden?

Erschöpfend geklärt werden kann diese Problematik an hiesiger Stelle nicht. Die Frage nach der Rückgewinnung des Politischen wird jedoch in der nachfolgenden Master-These im Zusammenhang mit der theoretischen Entwicklung eines *Raumes der Möglichkeiten* angesichts der Frage, wie sich der gesellschaftliche Akteur durch eigenes Handeln aus den Strukturen der Fremdbestimmung befreien kann, erneut aufgegriffen.

Dennoch soll der vorliegende Beitrag nicht schließen ohne zumindest eine Richtung aufzuzeigen, jene zu beschreiten grundlegend für eine Institutionalisierung alternativer Politik ist, die den *Gang durch die Institutionen* ablehnt.

²⁶ Der Regulationstheoretiker fordert, das Recht auf Mitgliedschaft in einen neuen Gesellschaftsvertrag einzuschreiben und zum kategorischen Imperativ des Staates zu erheben. Politik zur Förderung von Solidarität könne weder aus dem Zusammenwirken ökonomischer Kräfte abgeleitet werden, noch könne sie von den Interessengruppen selbst betrieben werden.

Zu diesem Zweck erweist sich die *Politische-Feld-Theorie* Bourdieus sowie seine Gedanken zur sozialen Bewegung als außerordentlich profund und aufschlussreich. Denn sollen im Sinne Hannah Arendts unsere Belange in den „*Erscheinungsraum*“ (Arendt 2005) eingewebt werden, sind wir gezwungen, sie zu institutionalisieren

Bourdieu sieht die Möglichkeit der Herbeiführung einer Veränderung ausschließlich durch die Intervention im politischen Feld²⁷ selbst verankert.

Elementar ist in diesem Zusammenhang die Ergründung der Funktionsweise des politischen Feldes. Denn soll eine alternative Politik in eine herrschende bewegt werden, müssen die Formen der politischen Mobilisierung mit politischer Stärke ausgestattet sein, um „[...] *sichtbare politische Manifestationen zu produzieren.*“ (Bourdieu 2001: 59)

Bourdieu kritisiert an sozialen Bewegungen (von wenigen Ausnahmen abgesehen), dass sie ihren Gegnern defizitär ausgestattet gegenüber treten. Da sich die herrschende Politik auf den Neoliberalismus beruft „[...] *gibt [sie, e.A.] sich also einen wissenschaftlichen Anstrich und verleiht sich damit die Fähigkeit, als Theorie wirksam zu werden.*“ (Bourdieu 1998: 61)

Wichtig sei entsprechend, den vermeintlichen *Experten*²⁸ den *Autoritätseffekt* entgegen zu setzen, den sie auf die Menschen („*Laien*“) ausüben. Das heißt konkret, dass die von der Politik als wissenschaftlich fundierte vernünftige Gründe vorgebrachten Argumente wissenschaftlich falsifiziert werden müssen.

Und an diesem Punkt sieht er insbesondere den Soziologen in der Verantwortung:

„Wir Soziologen können, ohne ins Denunzieren zu verfallen, diese Netzwerke demontieren und aufzeigen, dass dem Zirkulieren von Gedanken unterschwellig eine Zirkulation von Macht zugrunde liegt. (ebd.: 63) Die Soziologie lehrt uns, wie Gruppen funktionieren und wie man sich der Gesetze bedienen kann, nach denen Gruppen funktionieren, um sie zu durchkreuzen. (ebd.: 65)

Die Intellektuellen, die sich der Bewegung anschließen, sollen ihre Aufgabe nicht ausschließlich darin sehen, ein Gegenprogramm zu entwickeln, sondern sind aufgerufen in einem „[...] *interdisziplinären und internationalen Forschungsdispositiv, welches Forscher, politisch Handelnde, deren Vertreter usw. versammelt.*“ (ebd.: 64), Arbeits- und Reflexionsgruppen zu bilden. Die Kraft der sozialen Bewegung muss von den Medienintellektuellen²⁹ und der *herrschenden* Politik wahrgenommen werden, um überhaupt

²⁷ Bourdieus Begriff des politischen Feldes ist der Terminologie der politischen Sphäre von Max Weber angelehnt. Weber verstand unter Sphären (politischer-, ökonomischer-, religiöser- etc.) eine innere Eigengesetzlichkeit, die eine besondere Weise gemeinschaftlichen Handelns darstellt. Dazu Bourdieu 2001: 27; Weber 2006 (zuerst 1919)

²⁸ Unter *Experten* versteht Bourdieu jene, die Anerkennung und Macht im politischen Feld genießen.

²⁹ Zu dem Einfluss der Medien auf die Politik bei Bourdieu: 2001; 1998; 2005.

auf eine Resonanz im politischen Feld zu stoßen (Bourdieu 2001: 58-60). „*Unsere Aufgabe besteht darin [...] eine neue Organisationsform der Protestarbeit und der Organisation des Protests, des politischen Engagements [...] (Bourdieu 1998: 66) zu erfinden.*

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M.: Capitalism at the Turn of the Century: Regulations Theory and the Challenge of Social Change. In: New Left Review No. 232, S. 41-90
- Altrock, U./ D. Schubert: Wachsende Stadt. Leitbild. Utopie. Vision?, Wiesbaden 2004
- Arendt, H.: Denken ohne Geländer. Texte und Briefe, München/ Zürich 2007
- Arendt, H.: Vita activa . Oder vom tätigen Leben, München/Zürich 2006
- Arendt, H.: Vom Leben des Geistes, München/Zürich 1998
- Arendt, H.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München/Zürich 1998a
- Arendt, H.: Was ist Politik? München/Zürich 2005
- Arendt, H.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken, München/ Zürich 2000
- Baumann, Z.: Ansichten der Postmoderne, Hamburg 1995
- Benz, A. et al.: Handbuch Governance- Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden 2007
- Benz, A.: Governance- Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004
- Benz, A.; Fürst, D.: Region- Regional Governance – Regionalentwicklung, in: Adamaschek, B.; Pröhl, M.: Regionan erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie, S. 11-66, Gütersloh 2003
- Beust von, O.: Das Leitbild: „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“, S. 23-37. In: Altrock, U./ D. Schubert: Wachsende Stadt. Leitbild. Utopie. Vision?, Wiesbaden 2004
- Bourdieu, P.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998
- Bourdieu, P.: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz 2001
- Bürgerschaftsdrucksache 17/3456 vom 07.10.2003: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft: Gründung einer Hamburg Marketing/ Wachsende Stadt GmbH, Hamburg 2003

- Butterwegge, C.; Lösch, B.; Ptak, R.: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2008
- Butterwegge, C.; Lösch, B.; Ptak, R.: Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008
- Brockhaus. In einem Band, Leipzig 2003
- Cacciari, M.: Ein Arendtscher Hin-Blick zum zukünftigen Europa, unter: http://www.hannah-arendt.de/preistraeger/preis_1999_3.html, abgerufen am 16.10.2008
- Dogan, S.: Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation- am Beispiel der Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg-Wilhelmsburg, unter: <http://wiso.uni-hamburg.de/zoess>, abgerufen am: 27.09.2008
- Dünne, J.; Günzel, S.: Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Frankfurt/Main 2006
- Forst, R.: Republikanismus der Furcht und der Rettung. Zur Aktualität der politischen Theorie Hannah Arendts, S. 229-240. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Sonderband 16: Verborgenen Tradition- Unzeitgemäße Aktualität? Berlin 2007
- Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle: *Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt*, Hamburg 2003
- Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle: *Leitbild: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt*, Hamburg 2002
- Friedmann, J.: *The Prospect of Cities*, Minneapolis/London 2002
- Goldschmidt, W.: Politik, in: Sandkühler, H.J.: *Enzyklopädie Philosophie*, Bd. 2, Hamburg 1999
- Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/Main 1989
- Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/Main 1990
- Hesselbein, G.; Lambrecht, L.: *Verständigung- Eine uns gemeinsame Welt*, in: *Märkte-Staaten- Welt der Menschen. Wie universal ist Globalisierung*, Hamburg 2000
- Jaeggi, R.: Die im Dunkeln sieht man nicht. Hannah Arendts Theorie der Politisierung, S. 241-250. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Sonderband 16: Verborgenen Tradition- Unzeitgemäße Aktualität? Berlin 2007
- Knieling, J.: Metropolregion Hamburg: Auf dem Weg zu einer Metropolitan Governance? Aktuelle Reformschritte in der Diskussion, S. 101-104. In: *Vhw FW* 1/ Januar-Februar 2006
- Läßle, D.: Stadt und Region in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Bd. II/2001: S. 1-25, Berlin

- Lösch, B.: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Butterwegge et al.: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2008
- Löw, M. et al: Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie, Opladen 2007
- Marchart, O.: Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung, Wien 2005
- McKinsey Company: Hamburg Vision 2020 – Vom nationalen Zentrum zur europäischen Metropole. Hamburg 2001
- Ptak, R.: Grundlagen des Neoliberalismus, S. 13-86. In: Butterwegge et al.: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2008
- Rosa, H.: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt/Main 2005
- Sassen, S.: Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt, New York 1997
- Sassen, S.: The Global City, New York, London, Tokyo, Princeton 1990
- Saavedra, M. E.: Die deliberative Rationalität des Politischen. Eine Interpretation der Urteilslehre Hannah Arendts, Würzburg 2002
- Saavedra, M.E.: Die deliberative Rationalität des Politischen. Eine Interpretation der Urteilslehre Hannah Arendts, Würzburg 2002
- Schöttker, D.; Wizisla, E.: Arendt und Benjamin, Frankfurt/Main 2006
- Schroer, M.: Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes, Frankfurt/Main 2006
- Siebel, W.: Urbanität als Lebensweise ist ortlos geworden. In: Frankfurter Rundschau vom 29.07.2000. S. 7, Frankfurt
- Siegel, F.: The future once happened here. New York, D.C., L.A., and the fate of America's big cities. New York 1996
- Touraine, A.: Das Ende der Städte? In: Die Zeit Nr. 23, 31. Mai 1996, S. 24, unter: <http://www.zeit.de/1996/23/9960>, abgerufen am: 27.09.2008
- Weber, M.: Politik und Gesellschaft, Frankfurt/Main 2006